

16.01.2009 - Universitäten / Studenten / Budget / Finanzen

Universitäten: Rektoren mobilisieren Uni-Angehörige im Budget-Streit

Utl.: 300.000 Betroffene werden per Brief informiert=

Wien (APA) - Die Universitätenkonferenz (uniko) mobilisiert die Uni-Angehörigen im Budget-Streit: In einem am Freitag per mail verbreiteten Schreiben werden alle Studenten, Lehrende und andere Mitarbeiter zur "aktiven Unterstützung" bei den Anstrengungen für ein höheres Uni-Budget aufgefordert. "Sprechen auch Sie mit Politikern, Entscheidungsträgern und Journalisten und zeigen Sie, dass die Finanzierung von Forschung und Lehrer ein Anliegen aller Uni-Angehörigen ist", heißt es in dem Brief. Gleichzeitig wird vor den Auswirkungen "real schrumpfender Budgets" gewarnt. Diese müssten "unweigerlich zu einer Verminderung des Leistungsangebots der Unis bzw. zum Abbau von Personal führen".

Die uniko habe zwar in den vergangenen Wochen in Medien auf diese Gefahr hingewiesen und werde die Öffentlichkeit auch weiter "über diese einer gedeihlichen Entwicklung der Unis zuwider laufende Haltung der Bundesregierung vorbehaltlos informieren". In der Befürchtung, dass "diese Information alleine nicht ausreicht", brauche die uniko allerdings die Mithilfe der 300.000 Universitätsangehörigen.

Begründet wird das der APA vorliegende Schreiben mit der Gefahr "dass die 'Koalition neu' die aktuelle Finanzkrise als Vorwand nimmt, um sich vor einer hinreichenden Budgetierung der Universitäten zu drücken". Damit würden, so die uniko, die vor der Nationalratswahl gemachten Ankündigungen eines Ausbaus der Unis und einer Beseitigung der "massiven Unterfinanzierung" als "leere Worthülsen entlarvt". Die uniko kritisierte, dass im Koalitionspakt - "im Unterschied zu den Zusagen vor der Wahl" - kein Zeithorizont angegeben sei, bis wann die Ausgaben für den tertiären Sektor auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts angehoben werden sollen. Die Unis bräuchten jedoch "gerade jetzt ein adäquates Budgetwachstum, das über eine bloße Teuerungsabgeltung hinausgeht".

Die Rektoren kritisieren, dass vor der Nationalratswahl von allen Parteien ein Ausbau der Unis versprochen worden sei. Die ursprünglich angekündigte Erhöhung von 100 bis 300 Mio. Euro pro Jahr über die gesamte Legislaturperiode würde einen realen Budgetverlust bedeuten, vor allem weil auch der jährliche Entfall von 150 Mio. Euro durch den Wegfall der Studiengebühren kompensiert werden muss. Anfang dieser Woche hatte Wissenschaftsminister Johannes Hahn (V) daraufhin eine

"deutliche Steigerungsrate" des Uni-Budgets im zweistelligen Prozentbereich angekündigt, in ähnlicher Höhe "wie beim letzten Mal". Von 2006 auf 2007 ist das Uni-Budget um 15,7 Prozent gestiegen.

Seitens des Wissenschaftsministeriums hatte man in den vergangenen Tagen auch für Geduld plädiert, auf die tatsächlichen Budgetzahlen zu warten. Heute, Freitag, sollten die Ressorts vom Finanzministerium informiert werden, wie groß das ihnen zugedachte Stück des Budgetkuchens ist. Im Büro Hahns erklärte man auf Anfrage der APA, dass man diese Information im Laufe des Tages erwarte, üblicherweise würden aber diese Zahlen nicht veröffentlicht. Man könne aber davon ausgehen, dass das Wissenschaftsministerium eines der wenigen Ressorts sein werde, wo es ein Plus gebe, hieß es.
(Forts. mögl.) jle/cm/has

APA0181 2009-01-16/10:52

161052 Jän 09

© APA - Austria Presse Agentur reg.GenmbH. Alle Rechte vorbehalten. Die Meldungen dürfen ausschließlich für den privaten Eigenbedarf verwendet werden - d. h. Veröffentlichung, Weitergabe und Abspeicherung ist nur mit Genehmigung der APA möglich. Sollten Sie Interesse an einer weitergehenden Nutzung haben, wenden Sie sich bitte an Tel. ++43-1/36060-5750 oder an zukunftwissen@apa.at.